



Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
Flächendeckende Ausstattung der Polizei mit "Tasern"

PL (INA)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG bzw. "Taser") sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hessen ein milderes Mittel gegenüber dem Einsatz der Schusswaffe bedeutet. Damit wird eine verhältnismäßigere Ausübung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei gewährleistet.
2. Der Landtag stellt fest, dass durch die flächendeckende Einführung von DEIG die bestehende Lücke zwischen den polizeilichen Führungs- und Einsatzmitteln Einsatzmehrzweckstock und Reizstoffsprüngerät sowie dem Einsatz der Schusswaffe geschlossen werden kann. DEIG bzw. „Taser“ sind geeignet, einen Angreifer ohne Einsatz einer Schusswaffe isoliert handlungsunfähig zu machen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Anwendung von DEIG durch einen Grundlehrgang (etwa bestehend aus den Themenfeldern Recht, praktische Handhabung, Gerätekunde, Taktik, Arbeitsschutz und Erste Hilfe) bis spätestens zum Jahr 2023 in das Curriculum der Polizeiausbildung für den Nachwuchs der Schutzpolizei zu integrieren und die hierfür erforderlichen (Beschaffungs-)Maßnahmen vorzunehmen. Nach erfolgreicher Teilnahme an einem derartigen Grundlehrgang sowie dem Abschluss der Polizeiausbildung ist jede Nachwuchskraft der Schutzpolizei mit einem DEIG auszustatten.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung zugleich auf, bereits tätige Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zielgruppenspezifisch (in Abhängigkeit zur konkreten Verwendung der jeweiligen Dienstkraft bzw. dem Einsatzaufkommen der jeweiligen Dienststelle) mit DEIG auszustatten. Diese Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind unter Berücksichtigung der Erfordernisse des laufenden Dienstbetriebs in einem entsprechenden Grundlehrgang in der Anwendung von DEIG auszubilden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die flächendeckende Ausstattung der hessischen Polizei mit DEIG beginnend ab dem Jahr 2023 vorzubereiten und die hierfür erforderlichen Ausbildungs-, Organisations- und Beschaffungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Einführung der DEIG soll nach Abschluss des ersten Ausbildungsjahrgangs der Polizei mit inkludiertem Grundlehrgang zum Einsatz von DEIG ab 2025 schrittweise intensiviert werden. Bis spätestens 2032 ist zu gewährleisten, dass je Streifenbesatzung mindestens ein DEIG mitgeführt wird und somit in einer konkreten Einsatzsituation auf alle der oben aufgeführten Führungs- und Einsatzmittel zurückgegriffen werden kann.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch kontinuierliche Fortbildungsmaßnahmen, welche aus Rücksicht auf den laufenden Dienstbetrieb in das bereits bestehende Einsatztraining integriert bzw. von besonders geschulten Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren der jeweiligen Dienststellen vor Ort durchgeführt werden können, die Handlungssicherheit hinsichtlich der Anwendung von DEIG zu erhalten bzw. zu erweitern. In Anlehnung an die Regelung im Land Nordrhein-Westfalen ist mindestens eine jährliche Auffrischung in der Anwendung von DEIG sicherzustellen. Auch solche Dienstkräfte, welche nicht in einem Grundlehrgang mit der Anwendung von DEIG beschult werden, sind im Rahmen des bereits bestehenden Einsatztrainings zumindest in dem Themenfeld Erste Hilfe zu unterweisen.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Dienstvorschriften für die Anwendung von DEIG in Anlehnung an die im Land Nordrhein-Westfalen bestehende Regelung dahingehend anzupassen, dass für den Einsatz von DEIG lediglich die Anwesenheit von zwei Polizeivollzugsbeamten vor Ort beim Einsatz von DEIG erforderlich ist.
8. Die Landesregierung wird abschließend aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Fälle der Anwendung von DEIG in Einsatzsituationen zu dokumentieren und zu untersuchen und das Schulungsprogramm hinsichtlich von DEIG stetig zu evaluieren. Insbesondere soll auf einen erhöhten Tragekomfort des DEIG und aller anderen Führungs- und Einsatzmittel im Sinne des Arbeitsschutzes hingewirkt werden.

Wiesbaden, 25. Oktober 2022

Der Fraktionsvorsitzende:



René Rock